

Stuttgart, 01.12.2016

Grundsatzbeschluss zur Übernahme des Berufskollegs Agrar- und Umweltanalytik in die Trägerschaft der Stadt Stuttgart

Beschlussvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Verwaltungsausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	21.12.2016

Beschlussantrag

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Land Baden-Württemberg Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, die Schulträgerschaft für das Berufskolleg Agrar- und Umweltanalytik zu übernehmen. Zeitziel ist die Übernahme zum kommenden Schuljahr 2017/18.

Begründung

1. Ausgangssituation

Das Berufskolleg Agrar- und Umweltanalytik (BKAU) befindet sich bisher in der Trägerschaft des Landes Baden-Württemberg unter der Leitung der Staatsschule für Gartenbau. Das BKAU ist eine 2-jährige Vollzeitschule, die zum Abschluss Technische/r Assistent/in Agrar- und Umweltanalytik führt. Ausbildungsschwerpunkte sind z.B. mikrobiologische Kontrollen und chemische Analysen von Lebensmitteln, Anwendung von biotechnologischen Methoden bei der Diagnose von Krankheitserregern. Das BKAU wird in Stuttgart mit vier Schwerpunkten angeboten: Agrikulturchemie - Umweltanalytik, Pflanzenproduktion, Phytomedizin und Tierhaltung. Technische Assistenten/innen führen verantwortungsvolle Tätigkeiten in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Versuchs- und Untersuchungseinrichtungen aus. Stellenangebote kommen unter anderem aus der Lebensmittelbranche, von Hochschulen, von agrartechnologischen, biotechnologischen und medizinischen Laboren, aus Ent- und Versorgungseinrichtungen und der Kriminalpolizei.

Im Juli 2016 hat sich das Wissenschaftsministerium schriftlich an die Landeshauptstadt Stuttgart gewandt. Das Ministerium regt an, die Schulträgerschaft neu zu regeln und bittet aufgrund des sachlichen Zusammenhangs mit dem an der Landwirtschaftlichen Schule Hohenheim eingerichteten Berufskolleg Biotechnologie um Prüfung, ob die Stadt Stuttgart den Bildungsgang BKAU in ihre Trägerschaft übernehmen möchte. Das

BKAU befindet sich lediglich aus historischen Gründen noch in staatlicher Trägerschaft des Wissenschaftsministeriums.

2. Raumsituation

Den Großteil der für die Beschulung des BKAU notwendigen Unterrichtsräume – Klassenräume, multifunktionaler Naturwissenschaftlicher Fachraum und Chemie-Labore – kann die Stadt Stuttgart derzeit in Plieningen / Hohenheim nicht zur Verfügung stellen.

Da das BKAU seit vielen Jahren an der Staatsschule für Gartenbau im Schloss Hohenheim beschult wird, sind die notwendigen Räume dort vorhanden. Das Ministerium für Ländlichen Raum hat innerhalb des Landes seit 1.1.2016 die Trägerschaft für die Fachschulen der Staatsschule für Gartenbau vom Wissenschaftsministerium übernommen. Somit ist das Ministerium für Ländlichen Raum Ansprechpartner für die Räumlichkeiten der Staatsschule.

Das Ministerium für Ländlichen Raum hat im Rahmen einer vom Wissenschaftsministerium initiierten Besprechung im Oktober 2016 seine Bereitschaft erklärt, für einen Übergangszeitraum dem Berufskolleg wie bisher die Räumlichkeiten der Staatsschule für Gartenbau gegen Erstattung entsprechender Kosten zur Verfügung zu stellen. Das Ministerium bietet der Stadt Stuttgart darüber hinaus an, dass sie bei formaler Übernahme der Trägerschaft das BKAU für einen Übergangszeitraum von 3 bis 5 Jahren an die Staatsschule für Gartenbau „outsourcen“ (siehe Ziffer 4, 3. Absatz) könnte.

3. Kosten

Bei der Übernahme des BKAU in die Schulträgerschaft der Stadt Stuttgart wird die Stadt für die Schüler/innen die für diese Schulart im Finanzausgleichgesetz geregelten Sachkostenbeiträge erhalten.

Die Einzelheiten zur räumlichen Überlassung, insbesondere die Kostenerstattung ist im nächsten Schritt nach Beschluss dieser Vorlage noch mit dem Ministerium für Ländlichen Raum auszuhandeln. Ziel der Verhandlungen ist eine weitgehend kostenneutrale Lösung, d.h. die zusätzlich entstehenden Kosten für die Übernahme des BKAU sollen sich mit den Einnahmen durch die Sachkostenbeiträge für diesen Bildungsgang weitgehend nivellieren.

4. Synergien / Ausblick

Bereits bisher bestehen Synergien zwischen dem in der Schulträgerschaft der Stadt Stuttgart befindlichen Berufskolleg Biotechnologie und dem zur Disposition stehenden BKAU. Diese konnten in der bis Ende 2015 gültigen Konstellation, dass es trotz zweier Schulträger nur eine Schulleitung für die beiden Schulen – Landwirtschaftliche Schule und die Staatsschule – gab, bestens realisiert werden.

Zwar findet auch nach der seit 1.1.2016 bestehenden formalen Trennung eine enge Kooperation der beiden Schulen statt. Der Vorteil, das BKAU in die Trägerschaft der Stadt Stuttgart zu übernehmen, besteht aber darin, dass die Synergieeffekte unmittelbar unter einer Schulleitung noch besser realisiert werden könnten und die Landwirtschaftliche Schule durch zusätzliche Schülerzahlen gestärkt würde.

Mit der vom Ministerium vorgeschlagenen Variante des „Outsourcens“ ergeben sich sowohl für die Stadt als Schulträgerin als auch für die Landwirtschaftliche Schule, insbesondere für das Berufskolleg Biotechnologie, keine positiven Effekte. Vielmehr würde die in diesem Schuljahr übergangsweise praktizierte, im Ablauf kompliziertere, mit vielen Abordnungen verbundene Variante an zwei Schulen weiter fortgeschrieben. Auch

mit Blick auf das langfristige Ziel der Stadt Stuttgart, der Landwirtschaftlichen Schule ausreichend Schulraum an einem Standort zur Verfügung zu stellen, erscheint es zielführender, das BKAU ganz normal, d.h. ohne Sonderlösung eines „Outsourcings“, in die Schulträgerschaft zu übernehmen.

In diesem Sinne wird die Verwaltung die Verhandlungen mit dem Ministerium für Ländlichen Raum führen und den Gemeinderat über das Ergebnis unterrichten.

Als zeitliches Ziel wird angestrebt, das Berufskolleg bereits zum kommenden Schuljahr 2017/18 in die Schulträgerschaft der Stadt Stuttgart zu übernehmen.

Langfristiger Lösungsansatz sollte die Schaffung von eigenen Räumen für das BKAU sein. Trotz Synergien mit dem bereits an der Landwirtschaftlichen Schule eingerichteten Berufskolleg Biotechnologie löst das BKAU einen Rummehrbedarf (vorbehaltlich Erstellung eines Raumprogramms durch das RPS) von grob überschlägig 600 m² Programmfläche aus.

Finanzielle Auswirkungen

Können derzeit noch nicht benannt werden. Ziel der Verhandlungen ist es, bezüglich der Betriebskosten eine kostenneutrale Lösung zu erreichen – siehe oben.

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Referat WFB

Vorliegende Anfragen/Anträge:

-

Erledigte Anfragen/Anträge:

-

Isabel Fezer

Anlagen

keine

<Anlagen>